



**Geschäftsführung
Ausschuss Schule und Weiterbildung**

Frau Schenk

Telefon: (0221) 29259

Fax: (0221)

E-Mail: janina.schenk@stadt-koeln.de

Datum: 23.07.2018

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 11.06.2018, 15:05 Uhr bis 18:40 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU
Frau Anneliese Hauser	CDU
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Stefanie Ruffen	FDP

Beratende Mitglieder

Frau Lisa Hanna Gerlach	BUNT
Frau Hildegard Fuhrmann	auf Vorschlag der SPD
Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU
Herr Thomas Glowacki	auf Vorschlag der Grünen
Herr Gerson Wirth	auf Vorschlag der Grünen
Herr Oswald Pannes	auf Vorschlag Die Linke
Herr Alexander Kau	auf Vorschlag der AfD
Frau Maria Katharina Westphal	auf Vorschlag der FDP
Frau Stefanie Esser	Katholische Kirche
Herr Reinhold Goss	Stadtschulpflegschaft

Frau Sarah Niknamtavin

BezirksschülerInnenvertretung Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Stephanie Stangier

auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Herr Lutz Tempel

SPD

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Herr Bodo Busch

auf Vorschlag der StadtAG LST

Frau Ebru Coban

auf Vorschlag des Integrationsrat

Frau Annette Kellinghaus-Klingberg

auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Frau Dagmar Naegele

auf Vorschlag der SPD

Herr Martin Roth

auf Vorschlag der SPD

Frau Dr. Cornelia Herbers-Rauhut

auf Vorschlag der CDU

Frau Angelika Riedel

auf Vorschlag der CDU

Frau Bärbel Hölzing

auf Vorschlag der Grünen

Herr Dr. Felix Schotland

Synagogen-Gemeinde Köln

Frau Utta Brauweiler-Fuhr

Evangelische Kirche

Frau Beate Grashof

Evangelische Kirche

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Michael Bold

Katholische Kirche

Herr Luis May

BezirksschülerInnenvertretung Köln

Frau Manuela Laukat

Stadtschulpflegschaft

- Der Vorsitzende teilt mit, dass der neue Baudezernent Herr Greitemann sich um ca. 16.00 Uhr dem Ausschuss vorstellt.
- Vor Eintritt in die Tagesordnung ist die Beschlussvorlage (1912/2018) – Bestellung der stellvertretenden Schriftführerin Frau Schenk für die aktuelle Ausschusssitzung - als TOP 1.1 aufzurufen und vom Ausschuss zu beschließen.
- Durch die Einfügung von TOP 1.1 erscheint die regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau unter TOP 1.4

Zur Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde wie folgt **ergänzt**:

[aktualisiert am 11. Juni 2018]

- Dringlichkeitsantrag AN/0933/2018 gemäß § 12 als TOP 2.3

- Die Beantwortung der früheren Anfragen AN/0598/2018 und die Antwort 1392/2018 als TOP 3.1.1 sowie AN/0721/2018 und Antwort 1804/2018 als TOP 3.1.2
- Die frühere Anfrage AN/0746/2018 als TOP 3.1.3. Diese Anfrage bezog sich auf den Antrag AN/0237/2018 vom März 2018. Dazu ist die Mitteilung 1849/2018 als TOP 5.7 aufgenommen worden.
- Anfrage von Frau Ruffen, sachkundige Bürgerin FDP, im ASW vom 16.04.2018 und die Antwort 1871/2018 als TOP 3.1.4
- Die frühere Anfrage 2493/2017 und die Antwort 1810/2018 als TOP 3.1.5
- Anfrage von Herrn Kockerbeck, Fraktion Die Linke, im ASW vom 14.05.2018 und die Antwort 1829/2018 als TOP 3.1.6
- Anfrage von Ratsmitglied Herrn Dr. Gutzeit im ASW am 11.09.2017 zu Vorlagen 2481/2018 und 2488/2017 und die Antwort 1858/2018 als TOP 3.1.7
- Die Beantwortung der früheren Anfrage AN/0456/2018 und die Antwort 1929/2018 als TOP 3.1.8
- Die Beantwortung der früheren Anfrage AN/1174/2018 und die Antwort 1846/2018 als TOP 3.1.9
- die zusätzlichen Beschlussvorlagen unter den TOPs 4.6 bis 4.8
- die zusätzlichen Mitteilungen im öffentlichen Teil unter den TOPs 5.3 bis 5.11 sowie im nicht-öffentlichen Teil unter TOP 9.1 bis 9.3
- Die Beschlussvorlage 0819/2018 unter TOP 10.2

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, meldet Beratungsbedarf zu TOP 10.2 an, ist aber damit einverstanden, die Vorlage im nicht öffentlichen Teil zu diskutieren.

Die Dringlichkeit des Antrags unter TOP 2.3 wurde einstimmig anerkannt.

Frau Ruffen gibt bekannt, dass die FDP Fraktion den Antrag unter TOP 2.1 aufgrund der Zustimmung der Schulkonferenzen formal zurück zieht.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

- 1.1 Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin
1912/2018
- 1.2 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen
- 1.3 Gleichstellungsrelevante Themen
- 1.4 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau, TOP 1.3
1895/2018

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 2.1 Einrichtung einer 3-zügigen Dependance einer Gesamtschule am Standort der Elsa-Brändström-Realschule
AN/0743/2018
- 2.2 Beratung für Familien zum Bildungsangebot in Kita und OGTS insbesondere in den Kölner Sozialräumen
AN/0833/2018
- 2.3 Spielplatz an Leichtbauhallen am Schulzentrum Ostheim für Nutzung durch die Schulen freigeben
AN/0933/2018

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 3.1 Frühere Anfragen
 - 3.1.1 Geänderte Rahmenbedingungen im Schülerspezialverkehr
AN/0598/2018

Rahmenbedingungen im Schülerspezialverkehr zu AN/0598/2018
1392/2018
 - 3.1.2 Schulabgänger*innen in Köln – Schuljahr 2016/2017
AN/0721/2018

Schulformwechsel und Schulabgänger/innen
1804/2018
 - 3.1.3 Konzeptionelle Planung zum Aufbau von Schulcontainern
AN/0746/2018
 - 3.1.4 Apostelgymnasium Biggestr. 2, - Anfrage von Frau Ruffen im Schulausschuss vom 16.04.2018
1871/2018
 - 3.1.5 Gemeinschaftsgrundschule Hauptstraße in Porz-Mitte
1810/2018
 - 3.1.6 Aula an der Gesamtschule Höhenhaus, Im Weidenbruch 214
1829/2018
 - 3.1.7 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für verschiedene Sozialräume, Vorlagen Nr. 2481/2018 und Nr. 2488/2017

Mündliche Anfrage von Ratsmitglied Herrn Dr. Gutzeit in der Sitzung am
11.09.2017
1858/2018

3.1.8 Geschützte dienstliche E-Mail-Adressen für Lehrkräfte in Köln – Sachstand
2018
1929/2018

3.1.9 Beantwortung der Anfrage "Schulbildung für junge Geflüchtete ab dem 19.
Lebensjahr" (AN/1174/2017)
1846/2018

3.2 Neue Anfragen

4 Vorlagen der Verwaltung

4.1 Planungsaufnahme und Planungsbeschluss zur Erstellung eines Erweite-
rungsbaus für das Schulgebäude Overbeckstraße in Köln-Ehrenfeld
0456/2018

4.2 Ausstattung der Gesamtschule Wasseramselweg 2, 50829 Köln-Vogelsang
hier: Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für die Einrichtung,
Finanzstelle 4014-0301-4-1126.
0516/2018

4.3 Zügigkeitsänderung der Ursula-Kuhr-Hauptschule, Volkhovener Weg 140,
50767 Köln (Heimersdorf) von 4 auf 3 Züge gem § 81 Abs. 2 Schulgesetz
NRW zum Schuljahr 2019/20
0836/2018

4.4 Modifizierung des ersten GU/TU-Maßnahmenpaketes für Schulbauprojekte
Neubau/Erweiterung/Generalsanierung von Schulgebäuden durch Total- oder
Generalunternehmer
0990/2018

4.5 Planungsaufnahme zur Erstellung eines Erweiterungsbaus für die KGS Thur-
ner Str. 23, Nebenstelle Urnenstr. 7, 51069 Köln-Dellbrück
0880/2018

4.6 Aufstellung von Schulcontainern an der KGS Andreas-Hermes-Straße
1728/2018

4.7 Städtebauliches Werkstattverfahren Hallen Kalk
Festlegung des Schulstandortes und Fortführung der städtebaulichen Planung
1423/2018

- 4.8 Anpassung des Planungsbeschlusses zur Errichtung eines 3-zügigen Grundschulgebäudes mit 1-fach Turnhalle am Standort des ehemaligen "Nippesbad", Friedrich-Karl-Str. / Ecke Niehler Kirchweg, 50737 Köln-Nippes
1444/2016/1

5 Mitteilungen

- 5.1 Kulturelle Bildung AN/0741/2018
1690/2018
- 5.2 Errichtung eines neuen Schulgebäudes sowie einer 6-fach Sporthalle für die Willy-Brandt-Gesamtschule Im Weidenbruch 214, 51061 Köln - Beschluss über Mehrausgaben gemäß § 13 Abs 4 Satz 2 der Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft in Verbindung mit § 16 Abs 5 Satz 1 der Eigenbetriebsverordnung NRW
1318/2018/1
- 5.3 Realisierung einer Gesamtschule im Stadtbezirk Lindenthal an den Teilstandorten Berrenrather Straße und Alter Militärring zum Schuljahr 2019/20 bei auslaufender Schließung der Elsa-Brändström-Realschule und der Ernst-Simons-Realschule
1746/2018
- 5.4 Bericht über den Besuch einer Kölner Bildungsdelegation in Peking und Shanghai im Mai 2018
1836/2018
- 5.5 Qualität der Volkshochschule erneut extern bestätigt
1435/2018
- 5.6 Übergang von der Grundschule in die Sek. I nach Schulformempfehlung
1839/2018
- 5.7 Containerprogramm für die Jahre 2019 bis 2021
1849/2018
- 5.8 Abschluss des Schulanmeldeverfahrens der weiterführenden Schulen für das Schuljahr 2018/19
1851/2018
- 5.9 Inklusionsmonitoring; Stand Schuljahr 2017/18
1884/2018
- 5.10 Preisverleihung an die Rheinische Musikschule Köln
1914/2018
- 5.11 Beschluss der Bezirksvertretung Porz vom 15.05.2018 zur Verlagerung des Berufskollegs Porz (BK 10)
1947/2018

6 Anfragen

7 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

1.1 Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin 1912/2018

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung bestellt für die Dauer der Wahlperiode 2014 – 2020 ergänzend Frau Janina Schenk zur stellvertretenden Schriftführerin.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

1.2 Verpflichtung sachkundiger Bürger oder Einwohner/innen

1.3 Gleichstellungsrelevante Themen

1.4 Regelmäßige Berichterstattung aus dem Aktionsbündnis Schulbau, TOP 1.3 1895/2018

Die Berichterstattung wird zur Kenntnis genommen.

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Einrichtung einer 3-zügigen Dependance einer Gesamtschule am Standort der Elsa-Brändström-Realschule AN/0743/2018

Antrag wurde zu Beginn der Sitzung zurückgezogen.

2.2 Beratung für Familien zum Bildungsangebot in Kita und OGTS insbesondere in den Kölner Sozialräumen AN/0833/2018

Herr Philippi, SPD Fraktion, stellt den Hintergrund des Antrags vor und verweist auf die im Vergleich zu anderen Stadtteilen immer noch niedrigen Kita-Besuchs- und OGTS-Quoten in den vier benachteiligten Stadtteilen Chorweiler, Mülheim, Kalk und Porz.

Die SPD Fraktion verfolgt durch die Punkte 1- 3 das Ziel mittels Informationsangeboten und der Förderung und Stärkung der bestehenden Netzwerke die OGTS- und Kitabesuchsquoten dem Niveau der anderen Stadtteile anzupassen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, unterstützt den Antrag der SPD Fraktion, weist jedoch darauf hin, dass in diesen Bereichen schon viel unternommen wird.

Er schlägt vor, den Antrag um Punkt 4 zu erweitern. Darin wird die Verwaltung gebeten darzustellen, was sie in den genannten Bereichen bereits unternimmt.

Frau Ruffen, FDP Fraktion, unterstützt den Antrag der SPD Fraktion ebenfalls und fordert zusätzlich die Aufnahme eines Prüfauftrages an die Verwaltung, welche Maßnahmen bereits durchgeführt werden und wie diese mit den Punkten 1 bis 3 des Antrags sinnvoll verknüpft werden können.

Ergänzungsantrag für neuen Beschlusspunkt unter Ziffer 4:

Die Verwaltung wird beauftragt darzustellen, was sie in den dargestellten Bereichen schon unternimmt und wie diese Maßnahmen mit den Forderungen unter Ziffer 1-3 verknüpft und sinnvoll ergänzt werden können.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Danach lässt der Ausschussvorsitzende über den so geänderten Antrag insgesamt abstimmen.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, einen erneuten Schwerpunkt auf die Information von Eltern zu Angeboten der frühen Bildung zu setzen und dabei die Themen des Kita-Besuchs im letzten Jahr vor der Einschulung und des Besuchs der OGTS besonders in den Blick zu nehmen.
2. Hierbei sollen die in Köln bestehenden Beratungsstellen und –personen, die einen guten und direkten Zugang zu Familien mit potentielltem Beratungsbedarf haben, insbesondere
 - die Stadtteilmütter und künftigen Stadtteileltern
 - die Beratungsstellen in den Brückenprojekte aus dem Landesprogramm „Kinderbetreuung in besonderen Fällen für Kinder aus Flüchtlingsfamilien und vergleichbaren Lebenslagen“
 - und die Fachberaterinnen und –berater in den Familienzentrenvon der Verwaltung mit geeignetem Informationsmaterial ausgestattet und zu diesem Beratungsthema entsprechend aktuell geschult bzw. informiert werden.
3. Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass die Vermittlung von Kontakten zwischen den Beratungspersonen und anderen städtischen Unterstützungssystemen gewährleistet ist.
4. **Die Verwaltung wird beauftragt darzustellen, was sie in den dargestellten Bereichen schon unternimmt und wie diese Maßnahmen mit den Forderungen unter Ziffer 1-3 verknüpft und sinnvoll ergänzt werden können.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

2.3 Spielplatz an Leichtbauhallen am Schulzentrum Ostheim für Nutzung durch die Schulen freigeben AN/0933/2018

Frau Westphal, sachkundige Einwohnerin (FDP), begründet den Dringlichkeitsantrag und fordert die Freigabe des Spielplatzes am Schulzentrum Ostheim zur Nutzung durch die beiden Schulen Albert-Schweitzer-Realschule und Heinrich-Heine-Gymnasium.

Herr Brust, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, stellt die Containeraufstellung neben den leerstehenden Leichtbauhallen in Frage und erbittet die Freigabe der Leichtbauhallen zu Schulzwecken. Falls eine Containerlösung unumgänglich ist, wird vorgeschlagen die Leichtbauhallen auch zum Spielen freizugeben.

Herr Bürgermeister Dr. Heinen, SPD Fraktion, begrüßt die Forderung der FDP. Darüber hinaus ist er grundsätzlich dafür, aufgrund der sinkenden Zahl an benötigten Flüchtlingsunterkünften, diese Einrichtungen und Infrastruktur temporär zu nutzen.

Herr Gräbener entgegnet, dass die Leichtbauhallen abgerissen werden und diese grundsätzlich nicht für Schulzwecke geeignet sind. Das Gelände der Leichtbauhallen wird für die Aufstellung von Containern zur Bereitstellung neuer Schulplätze geprüft. Der Spielplatz soll bei den zukünftigen Planungen berücksichtigt werden.

Frau Westphal, sachkundige Einwohnerin (FDP), erfragt den Zeitpunkt des Abrisses; Herr Gräbener verweist auf die Zuständigkeit des Wohnungsamtes 56.

Der Abrisstermin befindet sich noch in der Abstimmung und wird mündlich in der nächsten Sitzung nachgereicht.

Frau Westphal schlägt auch vor, bestehende Einrichtungen und Infrastruktur zu nutzen. Falls es sich abzeichnet, dass die Leichtbauhallen noch länger stehen bleiben, könnten diese von Schülern und Schülerinnen in der Mittagspause als zusätzliches Bewegungsangebot genutzt werden oder der Feuerwehr zu Sportzwecken zur Verfügung gestellt werden.

Herr Gräbener wird das Abrissdatum sowie die oben genannten Möglichkeiten mit dem Wohnungsamt abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Spielplatz der Leichtbauhallen am Hardtgenbuscher Kirchweg, 51107 Ostheim, für das Schulzentrum Ostheim, bestehend aus der Albert-Schweitzer-Realschule und dem Heinrich-Heine-Gymnasium, zur Nutzung durch die Schulen freizugeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

3.1.1 Geänderte Rahmenbedingungen im Schülerspezialverkehr AN/0598/2018

Rahmenbedingungen im Schülerspezialverkehr zu AN/0598/2018 1392/2018

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, bittet darum die Beantwortung der Anfrage erneut auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung im September des Ausschusses Schule und Weiterbildung zu nehmen.

Frau Heuer dankt im Namen der Verwaltung für die Anfrage und regt an, darüber nachzudenken, ob man die Kosten im Schülerspezialverkehr weiter so steigen lassen kann.

Die Beantwortung der Anfrage wird erneut auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung genommen.

3.1.2 Schulabgänger*innen in Köln – Schuljahr 2016/2017 AN/0721/2018

Schulformwechsel und Schulabgänger/innen 1804/2018

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, dankt für die Anfrage sowie die gründliche Beantwortung und erwähnt, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Hauptschulabschluss sinke. Zudem würden weniger Kinder zurück zu Förderschulen gehen.

Herr Dr. Schlieben weist darauf hin, dass es im Schulausschuss des LVR die gegenteilige Rückmeldung gab. Hier wurde ein erhöhter Rücklauf aus dem allgemeinen System zurück zu Förderschulen vermerkt.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, bemerkt ein Manko im gesamten deutschen Bildungswesen im individuellen Fördern. Es gäbe des Weiteren einen Trend zum „Abschulen“. Jede Schule sollte die Kinder, die in der 5. Klasse eingeschult werden, zum Abschluss bringen. Er bittet darum, dass jedes Jahr im Frühjahr diese Zahlen obligatorisch vorgelegt werden sollten.

Herr Pfeuffer stimmt zu und bestätigt, dass die Verwaltung es leisten kann, den Schulausschuss regelmäßig über die offiziellen schulstatistischen Daten im Rahmen des Bildungsmonitorings zu informieren.

Herr Goss, von der Stadtschulpflegschaft, bemerkt die erschreckend hohe Zahl, dass 55% der Schülerinnen und Schüler von Förderschulen ohne (Hauptschul-) Abschluss von der Schule abgehen.

Frau Nesseler-Komp, CDU Fraktion, hebt die gute Arbeit der Realschulen hervor und bemerkt, dass über ein Drittel der Realschülerinnen und Realschüler einen Bildungsgang zum Erwerb eines Hochschulabschlusses einschlagen.

Frau Dr. Klein, Beigeordnete, stellt deutlich heraus, dass jeder Schüler und jede Schülerin ohne einen Abschluss einer/eine zu viel ist. Grundsätzlich befindet sich Köln jedoch unter dem Landesdurchschnitt. Mit Blick auf die Sozialstruktur ist dies ein guter Trend, aber noch nicht genug.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, fragt nach, ob es eine statistische Erhebung gibt, ob und wieviele Schülerinnen und Schüler auf dem „zweitem Bildungsweg“ Abschlüsse nachholen.

Die Verwaltung nimmt die Frage zur Klärung mit.

**3.1.3 Konzeptionelle Planung zum Aufbau von Schulcontainern
AN/0746/2018**

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

**3.1.4 Apostelgymnasium Biggestr. 2, - Anfrage von Frau Ruffen im Schulausschuss vom 16.04.2018
1871/2018**

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

**3.1.5 Gemeinschaftsgrundschule Hauptstraße in Porz-Mitte
1810/2018**

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, wertet diese Antwort so aus, dass im Stadtentwicklungsausschuss so entschieden werden kann, wie die Verwaltung es vorschlägt und die Bürgerinnen und Bürger vor Ort es wünschen.

**3.1.6 Aula an der Gesamtschule Höhenhaus, Im Weidenbruch 214
1829/2018**

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

**3.1.7 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für verschiedene Sozialräume, Vorlagen Nr. 2481/2018 und Nr. 2488/2017
Mündliche Anfrage von Ratsmitglied Herrn Dr. Gutzeit in der Sitzung am 11.09.2017
1858/2018**

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

**3.1.8 Geschützte dienstliche E-Mail-Adressen für Lehrkräfte in Köln – Sachstand 2018
1929/2018**

Herr Wirth, Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, merkt an, dass in Italien (Rom) die gesamte Schulkommunikation online stattfindet. Im Vergleich fühlt er sich in Deutschland wie im Mittelalter. Er regt an, große Softwareunternehmen anzufragen, um eine Lösung für ganz Deutschland zu erwirken.

Frau Ruffen, FDP Fraktion, wirbt für ein globales, einheitliches System für alle Schulen. Bisher werden die Schulen damit allein gelassen.

Herr Goss, Stadtschulpflegschaft Köln, empört sich über die Situation. Er weist darauf hin, dass digitale Bildung am Datenschutz scheitert. Beispielsweise wissen Lehrer nicht, inwieweit sie ihre digitalen Endgeräte zur schulischen Dokumentation nutzen

dürfen. Er wünscht sich ein Gesamtkonzept und fordert die Stadt Köln auf, Druck auf die Landesebene auszuüben.

Herr Dr. Heinen, SPD Fraktion, stimmt seinen Vorrednern zu, verlangt ein Gesamtkonzept und möchte damit weg von den vorhandenen Insellösungen. Er fordert die Landesregierung auf, für die gesamte Lehrerschaft ein digitales Endgerät zur Verfügung zu stellen. Er bittet die Vertreterinnen der FDP an Frau Schulministerin Gebauer heranzutreten.

Frau Hauser, sachkundige Bürgerin CDU Fraktion, ergänzt im Sinne einer Zukunftsweisenden Gestaltung des Schulsystems sollte auch die digitale Zukunft gestaltet werden. Es sollte eine übergeordnete Lösung gefunden werden.

3.1.9 Beantwortung der Anfrage "Schulbildung für junge Geflüchtete ab dem 19. Lebensjahr" (AN/1174/2017) 1846/2018

Aufgrund der Komplexität der Antwort wird dieser TOP erneut in die nächste Sitzung aufgenommen.

3.2 Neue Anfragen

4 Vorlagen der Verwaltung

4.1 Planungsaufnahme und Planungsbeschluss zur Erstellung eines Erweiterungsbaus für das Schulgebäude Overbeckstraße in Köln-Ehrenfeld 0456/2018

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Planungsaufnahme (bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI) zum Bau eines Erweiterungsbaus für das Schulgebäude Overbeckstr. 71 – 73, 50823 Köln-Ehrenfeld, zur Erweiterung des Raumbedarfs für eine weiterführende Schule. Neben einer Hausmeisterdienstwohnung werden vier Unterrichtsräume und Lagerflächen im Untergeschoss geschaffen.

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, unverzüglich die Planungsarbeiten bis Leistungsphase 3 HOAI (Entwurfsplanung) einschließlich Kostenermittlung aufzunehmen. Die hierfür anfallenden Planungskosten belaufen sich auf 270.000 €.

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Planung und Kostenermittlung aufzunehmen und voranzutreiben.

Die Finanzierung der voraussichtlich im Haushaltsjahr 2018 ergebniswirksam werden den Planungskosten, erfolgt aus dem Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, aus veranschlagten Mitteln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.2 Ausstattung der Gesamtschule Wasseramselweg 2, 50829 Köln-Vogelsang
hier: Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für die Einrichtung, Finanzstelle 4014-0301-4-1126.
0516/2018**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Einrichtung der Interimsstandorte und des Neubaus der neu gegründeten Gesamtschule Wasseramselweg 2, 50829 Köln mit Gesamtkosten in Höhe von 1.518.000 Euro (investiv 455.400 Euro, konsumtiv 1.062.600 Euro).

Gleichzeitig beschließt der Rat die erstmalige Freigabe investiver Finanzmittel in Höhe von 54.000 Euro, im Haushaltsjahr 2018 im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 9, Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4014-0301-4-1126.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.3 Zügigkeitsänderung der Ursula-Kuhr-Hauptschule, Volkhovener Weg 140, 50767 Köln (Heimersdorf) von 4 auf 3 Züge gem § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW zum Schuljahr 2019/20
0836/2018**

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW für die Ursula-Kuhr-Schule zum Schuljahr 2019/20 die Änderung der Zügigkeit in der Sekundarstufe I von 4 Zügen auf 3 Züge.

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln umgehend nach Beschlussfassung einen Antrag gemäß § 81 Abs. 3 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen zur Genehmigung des Beschlusses zu stellen.

3. Die sofortige Vollziehung des Beschlusses wird gemäß § 80 Abs. 2 Ziffer 4 Verwaltungsgerichtsordnung angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig unter Vorbehalt der Zustimmung der BV Chorweiler zugestimmt.

**4.4 Modifizierung des ersten GU/TU-Maßnahmenpaketes für Schulbauprojekte
Neubau/Erweiterung/Generalsanierung von Schulgebäuden durch Totaloder Generalunternehmer
0990/2018**

Herr Dr. Schlieben erfragt, ob die Zeitschiene von 5 Jahren für die GU/TU-Maßnahmen immer noch ab April 2017 gerechnet wird. Er unterstreicht die Wichtigkeit der Zeiteinhaltung.

Herr Philippi, SPD Fraktion, geht auf Projekt 10 ein und bittet die Wünsche der umliegenden Sportvereine zu berücksichtigen.

Frau Nessler-Komp, CDU Fraktion, möchte zu den Punkten 1 und 5 wissen, wie dem Raumbedarf bei G9 entsprochen werden wird.. Sie hält dies für schwierig.

Frau Dr. Klein antwortet, wenn G9 aus baulichen Maßnahmen nicht möglich ist, muss eine Zügigkeitsreduzierung vorgenommen werden. Sie verweist auf die überarbeitete Schulentwicklungsplanung, die nach den Sommerferien vorgelegt werden soll.

Herr Gerhards, Gebäudewirtschaft, antwortet, dass die Zeitschiene ernst gemeint ist und die angesetzten 5 Jahre ab 2017 sollen eingehalten werden. Wenn es gut läuft, können einige ggf. sogar früher fertig werden. Bezüglich der Turnhalle BK Niehler Kirchweg besteht noch Abstimmungsbedarf.

Herr Dr. Schlieben begrüßt die Antwort der Verwaltung, wünscht das Allerbeste für die Umsetzung und hofft, dass Erfolge bald sichtbar werden.

Herr Gerhards ergänzt, dass dieses Jahr noch mehrere Ausschreibungen an den Markt gegeben werden und man die Reaktion des Marktes abwarten muss.

Herr Thelen, Bündnis 90/ Die Grünen, findet bei Punkt 3 gut, dass geprüft wird, ob auch der ehemalige Standort des Rautenstrauch-Joest-Museums genutzt werden kann. Jedoch wolle er wissen, was passiert, wenn dies nicht möglich ist. Des Weiteren weist er bei Punkt 7 darauf hin, dass sich um ein alternatives Gelände für die Internationale Friedensschule gekümmert werden sollte.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, hat eine Nachfrage zu Punkt 3. Er fragt, ob schon mit der Schule ein Termin kommuniziert worden ist, wann der Abriss und der Neubau vorgenommen werden soll und wie lange die Schule sich in einem Interim aufhalten wird. Die Fraktion Die Linke wird sich bei der Abstimmung enthalten, weil sie bisher keine Ratsmehrheit sehen kann, dass die Gebäudewirtschaft besser ausgestattet wird. Beispielsweise sollten die Gehälter der Gebäudewirtschaft auf das Niveau der Landesbaubetriebe angehoben werden.

Frau Dr. Klein erläutert zu der Nachfrage von Herrn Thelen, dass es zurzeit keine Alternativen gibt. Die Alternative wäre ein Umbau bei laufendem Betrieb mit den entsprechenden Schwierigkeiten.

Herr Gerhards kann die Aussage von Frau Dr. Klein nur unterstützen.

Zur Internationalen Friedensschule soll von der Verwaltung nach den Sommerferien ein Vorschlag unterbreitet werden.

Zu der Nachfrage von Herr Kockerbeck wurde laut Verwaltung bisher noch nichts besprochen, es müssen erst Termine abgestimmt werden.

Beschluss:

Der Rat beauftragt die Verwaltung – analog der am 04.04.2017 beschlossenen Vorlage 0864/2017 - mit der modifizierten Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens mit dem Ziel, die in der Anlage 1 genannten 16 Schulbaumaßnahmen an 11 Schulstandorten durch Totalunternehmer planen und errichten beziehungsweise durch Generalunternehmer errichten zu lassen.

Der prognostizierte Kostenorientierungswert für die Realisierung der 16 Maßnahmen liegt aktualisiert zwischen 300 Mio. Euro und 340 Mio. Euro.

Die Finanzierung der Maßnahmen erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplans der Gebäudewirtschaft, die Refinanzierung über Mieten aus dem Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben nach Inbetriebnahme der Objekte auf Grundlage des dann gültigen Spartenverrechnungspreises.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Enthaltung der Fraktion Die Linke zugestimmt.

4.5 Planungsaufnahme zur Erstellung eines Erweiterungsbaus für die KGS Thurner Str. 23, Nebenstelle Urnenstr. 7, 51069 Köln-Dellbrück 0880/2018

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Planungsaufnahme (bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI) zur Erstellung

- eines Erweiterungsbaus
- des Umbaus der ehemaligen Räume der freiwilligen Feuerwehr
- sowie des Umbaus der jetzigen Küche und Speiseräume für die kath. Grundschule Thurner Str. 23 an der Nebenstelle Urnenstr. 7, 51069 Köln-Dellbrück, zur Erfüllung des Raumprogramms für eine 4-zügige Grundschule (verteilt auf 2 Standorte)- inkl. Mensa.

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Planung und Kostenermittlung aufzunehmen und voranzutreiben.

Der Planung ist das in der Anlage aufgeführte Raumprogramm zu Grunde zu legen (Anlage 1). Entwurfs- und konstruktionsbedingte Abweichungen sind zulässig.

Die Planungskosten bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI belaufen sich nach vorläufiger Kosten-schätzung auf rd. 114.300 €. Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Planungskosten sind im Haushaltsjahr 2018 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.6 Aufstellung von Schulcontainern an der KGS Andreas-Hermes-Straße 1728/2018

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, fragt nach, ob sich die Anmeldezahlen an der KGS Andreas-Hermes-Straße erhöht haben und ob der Container, der ersetzt wird, zurzeit nicht nutzbar ist.

Frau Nessler-Komp, CDU Fraktion, findet die Vorlage sinnvoll und will dem Beschluss der BV Kalk folgen.

Frau Heuer antwortet, dass der Container genutzt wird und die Analyse der Schulentwicklungsplanung ergeben hat, dass der vorhandene Platz dort hinreichend ist. Die Verwaltung wird den Auftrag prüfen, obwohl es nach ihrer Einschätzung baurechtlich nicht funktionieren wird.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend alle Maßnahmen zu treffen, um an dem vorgesehenen Containerstandort KGS Andreas-Hermes-Straße in Köln-Neubrück möglichst noch in 2018 die maximal mögliche Zahl von Schulcontainern (ggf. auch mehrstöckig) als temporäre Maßnahme zur Abwendung des Schulnotstandes aufzustellen und die Bezirksvertretung Kalk zeitnah über die Umsetzung und den Fortgang zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

4.7 Städtebauliches Werkstattverfahren Hallen Kalk Festlegung des Schulstandortes und Fortführung der städtebaulichen Planung 1423/2018

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, merkt an, dass eine zweizügige SEK II schwierig und ungewöhnlich ist.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, findet das vorgeschlagene Konzept für das gesellschaftspolitische System interessant und förderlich. Es hilft der Stadt bei der Generierung neuer Schulplätze.

Frau Dr.Klein drückt die Freude und Dankbarkeit der Verwaltung an das Erzbistum aus, das der Stadt eine große Unterstützung bei der Realisierung von Schulplätzen ist.

Zur Frage von Frau Kessing sagt sie, es sei die schulgesetzliche Mindestgröße vorgesehen und stadtweit seien im SEK II-Bereich noch Kapazitäten vorhanden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt die Planungen für einen Schulstandort entsprechend des Vorschlags von Team 2 aus dem städtebaulichen Werkstattverfahren östlich Christian-Sünner-Straße fortzuführen und hier gemeinsam mit dem Erzbistum Köln das Schulprojekt "Bildungscampus" zu entwickeln;
2. beauftragt die Verwaltung, die städtebauliche Planung auf Grundlage der weiteren Empfehlungen des Werkstattverfahrens unter Berücksichtigung der aktuellen Erkenntnisse fortzuführen;

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Enthaltung der Fraktion Die Linke zugestimmt.

4.8 Anpassung des Planungsbeschlusses zur Errichtung eines 3-zügigen Grundschulgebäudes mit 1-fach Turnhalle am Standort des ehemaligen "Nippesbad", Friedrich-Karl-Str. / Ecke Niehler Kirchweg, 50737 Köln- Nippes 1444/2016/1

Herr Dr. Schlieben bringt vor, dass er kein Verständnis für den derzeitigen Verfahrensstand habe. So würde man viel Zeit verlieren. Er fragt, wie der neue Zeit-Maßnahmenkatalog aussehe und erklärt, dass man das Projekt in eine vernünftige Bahn lenken müsse.

Frau Ruffen, FDP Fraktion, drückt ihr Entsetzen über diese Vorlage aus. Sie fragt, ob es überhaupt noch vorgesehen sei, irgendeine Schule in Modulbauweise zu bauen und was die Montessori-Schule zu diesem Zustand sagt.

Frau Nesseler-Komp, CDU Fraktion, möchte wissen, da das Projekt in Köln-Nippes als Pilotprojekt vorgesehen war, ob es ein anderes Pilotprojekt gibt oder ob das Pilotprojekt damit insgesamt gestorben sei. Sie möchte zusätzlich wissen, was es bedeutet, dass die Modulbauweise schwer umzusetzen ist. Sie fragt, ob es an den Kosten

läge oder ob im Vergleich zur Neuplanung die schwere Umsetzung doch zu prüfen sei.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, möchte wissen, welche Beschleunigung machbar wäre, falls es nicht möglich ist, am Standort Friedrich-Karl-Str. / Ecke Niehler Kirchweg modular zu bauen. Des Weiteren erkundigt er sich, ob es bereits geklärt sei, ob dort die Montessori-Schule hinziehen will. Falls die Montessori-Schule dorthin ziehen möchte, wäre es in diesem Falls nicht abwegig, im Hinblick auf die Pädagogische Ausrichtung auf eine andere Art und Weise zu bauen.

Herr Dr. Heinen, SPD Fraktion, bringt vor, dass eine Schule dort unbedingt gebaut werden müsse, unabhängig von der pädagogischen Konzeption. Nippes sei einer der Stadtteile mit dem höchsten Zuzug von Familien mit schulpflichtigen Kindern. Daher wünsche er sich, dass gerade bei diesem Projekt Druck gemacht würde.

Herr Dr. Gutzeit, CDU Fraktion, fragt, ob das Geld für die angesetzten Planungskosten in Höhe von 1,95 Mio. Euro schon ausgegeben worden seien. Die Verwaltung sollte erklären, dass der gemachte Planungsfehler aufgeholt werden könne. Eine Reform ist nur durch Anreizsysteme und Sanktionen zu schaffen.

Herr Tempel, Stadtschulpflegschaft, ist es wichtig, dass Schulen schnell gebaut werden. Er könne sich vorstellen, eine Zwischenlösung zwischen der „normalen“ und der Modulbauweise zu finden. Er schlägt zur Zeitgewinnung vor, dass noch einmal geprüft werden soll, ob ein kombinierter Planungs- und Baubeschluss gefasst werden. Herr Gerhards erwähnt, dass das Pilotprojekt im Jahre 2015 gestartet ist als die Gebäudewirtschaft massive Personalunterdeckung hatte. Die Idee des Pilots war die richtige, die Kollegen wollten zu dem Zeitpunkt einen anderen Beschaffungsmarkt ansprechen, weil sie selber nicht die Kapazitäten hatten. Heutzutage muss umgedacht werden, es ist eine andere Ausgangslage. Im Jahr 2016 gingen in diesem Segment der Abteilung Projektleitung/ -steuerung 20 Mitarbeiter verloren. Somit konnte in 2016 das Projekt nicht mit der gewünschten Intensität begleitet werden. In 2017 wurde das Projekt wieder aufgenommen und es ist technisch machbar, aber dann hätten sich auch die richtigen Marktanbieter bewerben müssen. Das ist nicht geschehen. Zudem bringt er vor, dass die geplante Turnhalle unter dem Hauptgebäude liegen würde, wodurch sie in der Lage sein müsste, große Lasten zu tragen. Herr Gerhards findet, dass eine bessere Lösung möglich wäre. Der Planungsbeschluss, weiterhin Schulen in Modulbauweisen zu bauen, soll bei den anderen Schulen beibehalten werden. Nur an diesem Standort wird die Modulbauweise nicht weiter festgehalten. Sein Ziel sei es, sämtliche Projekte in vier bis fünf Jahren umzusetzen.

Frau Ruffen, FDP Fraktion, bemerkt, dass in so einer großen Stadt keine Standard-schulen gebaut werden sollten. Sie als Architektin habe schon damals ihre kritische Sicht zu Modulbauweise geäußert. Man sollte bei solchen Themen vorsichtiger sein.

Frau Halberstadt-Kausch, SPD Fraktion, sagt, dass es in einer so rasch wachsenden Stadt wie Köln möglich sein müsste, auch standardmäßig bauen zu können. Sie unterstützt die Position von Herrn Gerhards. Es sei nur in der Friedrich-Karl-Straße schwierig, modular zu bauen. Sie erwähnt, dass man nach ausreichend großen Grundstücken suchen müsste. Zudem könne man nicht für jede Schule, die neu gebaut wird, einen neuen Architektenwettbewerb anstreben. Sie betont die Dringlichkeit des Bedarfs neuer Schulen.

Frau Ruffen, FDP Fraktion, betont, dass Sie sich keine Architektenwettbewerbe wünscht sondern eine gewisse Vorsicht bei der Planung. Unter gewissen Umständen könnte auch die Modulbauweise die richtige sein.

Daraufhin hat Herr Kockerbeck eine Wissensnachfrage an die Verwaltung. Er möchte wissen, ob das pädagogische Raumkonzept durch die Modulbauweise gefährdet sei.

Frau Heuer antwortet, dass das Kölner pädagogische Raumkonzept auch mit der Modulbauweise umsetzbar sei. Im Hinblick auf den aktuellen Planungsstand der Grundschule kann jetzt für diesen Standort in Zusammenarbeit mit der Schule das Neue Pädagogische Raumkonzept bei der Planung für den neuen Bau mit einbezogen werden.

Es wird vorgeschlagen, eine Abstimmung unter Vorbehalt der Zustimmung der Bezirksvertretung Nippes durchzuführen.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln beschließt die Aufhebung des gefassten Planungs- (4143/2013) und des gefassten Baubeschlusses (1444/2016) zur Errichtung eines 3-zügigen Grundschulgebäudes mit 1-fach Turnhalle auf dem Gelände des ehemaligen „Nippesbad“ in Köln-Nippes, Ecke Friedrich-Karl-Straße / Niehler Kirchweg in Modulbauweise.
2. Der Rat der Stadt Köln beschließt stattdessen eine neue Planungsaufnahme (bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI) zur Errichtung eines 3-zügigen Grundschulgebäudes mit 1-fach Turnhalle auf dem Gelände des ehemaligen „Nippesbad“ in Köln-Nippes, Ecke Friedrich-Karl-Straße / Niehler Kirchweg in konventioneller und massiver Bauweise, sowie gemäß den geltenden städtischen Energieleitlinien in Passivhausweise (Ratsbeschluss vom 02.02.2016).
Die Planungskosten bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI belaufen sich nach einer aktuellen und vorläufigen Kostenannahme auf rd. 1,9 Mio. €. Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Planungskosten sind in der Finanzplanung für das Haushaltsjahr 2019 im Teilergebnisplan 0301 bereits berücksichtigt worden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig unter Vorbehalt der Zustimmung der BV Nippes zugestimmt.

5 Mitteilungen

5.1 Kulturelle Bildung AN/0741/2018 1690/2018

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.2 Errichtung eines neuen Schulgebäudes sowie einer 6-fach Sporthalle für die Willy-Brandt-Gesamtschule Im Weidenbruch 214, 51061 Köln - Beschluss über Mehrausgaben gemäß § 13 Abs 4 Satz 2 der Betriebsatzung der Gebäudewirtschaft in Verbindung mit § 16 Abs 5 Satz 1 der Eigenbetriebsverordnung NRW 1318/2018/1

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.3 Realisierung einer Gesamtschule im Stadtbezirk Lindenthal an den Teilstandorten Berrenrather Straße und Alter Militärring zum Schuljahr 2019/20 bei auslaufender Schließung der Elsa-Brändström-Realschule und der Ernst-Simons-Realschule 1746/2018

Frau Dr. Klein berichtet, dass die Realschulen nach Vorschlag der Verwaltung auslaufend schließen und ab Schuljahr 2019/2020 dann keine Schülerinnen und Schüler mehr aufgenommen werden. Die bestehenden Jahrgänge bleiben bis zu ihrem Abschluss Schülerinnen bzw. Schüler der Schule. Die Verwaltung schlägt vor, eine neue Gesamtschule mit vierzügiger SEK I und zweizügiger SEK II in Lindenthal zu gründen. Einerseits bietet sich eine Kooperation der SEK II mit der neuen Gesamtschule Wasersamselweg an, andererseits ist eine Kooperation mit der Anna-Freud-Schule des LVR vorgesehen. Es bedarf eines Ratsbeschlusses und zusätzlicher Raumkapazitäten, die in modularer Bauweise vorgesehen sind. Die Elsa-Brändström Realschule ist Sportschule und die kommende Gesamtschule sollte auch NRW-Sportschule werden. Hierzu bedarf es eines Schulkonferenzbeschlusses der neuen Schule. Auch bestehende Kooperationen mit dem LVR sollen fortgeführt werden. Frau Dr. Klein dankt den heute anwesenden Schulleiterinnen sowie den Kollegien und den Schulkonferenzen für den Schritt, die Schließung der Schulen durch einstimmiges Votum zu unterstützen.

Frau Nessler-Komp, CDU-Fraktion, sagt, sie sei von der Mitteilung nicht begeistert, weil damit die Ankündigungen der letzten Ausschüsse verworfen werden sollen. Sie sieht durch die Entfernung der Schulen zueinander ein großes Problem verkehrstechnischer Art.

Frau Ruffen, FDP Fraktion, dankt den Schulleiterinnen für ihre Initiative. Sie weist darauf hin, dass solange man einen Schulnotstand hat, bei zukünftigen Diskussionen die Entfernung zwischen Schulen kein Ausschlusskriterium für Dependancen mehr sein sollte.

Herr Philippi und die SPD-Fraktion begrüßen hingegen die Entwicklung. Herr Philippi sagt, dass dies ein wichtiger Schritt sei, um mehr Plätze an Gesamtschulen zu schaffen. In der räumlichen Distanz sieht er keinen Grund zum Scheitern des Projekts und verweist auf die deutlich schlechtere Anbindung im Falle der Gesamtschule Höhenhaus. Die Thematik des Sportprofils müsse gelöst und die Verwaltung von Prüfaufträgen entlastet werden.

Herr Tempel, Stadtschulpflegschaft, bedankt sich für die Vorlage und begrüßt das vorgestellte Konzept. Er stellt zwei Fragen, zum einen warum man vorhat, die Schüler zwischen den Klassen 7 und 8 zu trennen. Wobei er anmerkt, dass eine Trennung zwischen SEK I und SEK II pädagogisch sinnvoller sei. Zum anderen fragt er, ob langfristig gesehen eine Zügigkeitserweiterung von vierzünftig zu fünf- bis sechszünftig möglich sei.

Herr Dr. Zimmermann, CDU Fraktion, bringt vor, dass zwischen den Schulen laut Routenplaner eine Entfernung von 12 Minuten läge, weshalb die Lehrer von Lehrerzimmer zu Lehrerzimmer bei normalem Verkehr einen Weg von mindestens einer halben Stunde hätten. Zudem sei die Stundenplanung nun noch schwerer als zuvor, da zum einen aus pädagogischer Sicht die Sportförderung besonders beachtet werden muss und beide Standorte mit deren Entfernung zueinander berücksichtigt werden müssen. Unverständlich findet er, dass die zwei Standorte laut Mitteilung als langfristige Standorte geplant sind und die Planungsalternativen verworfen wurden. Er plä-

diert dafür, auch die Planungsalternativen weiter zu verfolgen und diese Vorlage nicht als langfristige Lösung vorzusehen.

Herr Kockerbeck, Fraktion Die Linke, schließt sich den Bedenken von Herrn Dr. Zimmermann an, dennoch trägt die Linke den Vorschlag der Verwaltung mit. Er erwähnt, dass es nicht zur Regel werden dürfe, Gesamtschulen mit Dependancen zu gründen. Die Schulen sollten selbstständig bleiben und die Verwaltung sollte als Ziel haben, in einigen Jahren bessere bauliche Lösungen zu finden.

Herr Thelen, Bündnis 90/ Die Grünen, begrüßt ebenfalls diese Lösung und möchte sich dem Dank anschließen. Es werden verschiedene Lösungen durch die Vorlage geliefert. Zum einen werden dringend benötigte Gesamtschulplätze geschaffen und damit wird eine Schulentwicklung gefördert, die sich durch die sinkenden Anmeldungen an Realschulen abzeichnet. Er sieht auch die Problematik der zwei Standorte und der Entfernung, aber aufgrund der Notsituation müssen solche Wege gegangen werden. Die Grünen werden im September der Lösung im Rat zustimmen.

Herr Dr. Gutzeit, CDU Fraktion, findet hingegen, dass gegen Dependancen grundsätzlich nichts zu sagen sei, unter der Voraussetzung, dass sie funktionieren. Sie sollten jedoch trotzdem lediglich als Notlösung eingesetzt werden. Auch er findet, dass die Entfernung der zwei Standorte problematisch sei. Es sollte weiterhin geprüft werden, welche anderen Möglichkeiten es noch gibt.

Frau Dr. Klein antwortet, dass sich die Verwaltung mit der Entfernung zwischen den Standorten kritisch auseinandergesetzt hat. Die beiden Schulen liegen zwar im Bezirk Lindenthal, liegen jedoch relativ weit auseinander.

Ihr sei bewusst, dass der Vorschlag nicht alle Wünsche erfüllen würde, aber in der jetzigen Notsituation sollte nicht mehr nur nach optimalen Lösungen gesucht werden, sondern nach machbaren Lösungen. Das Nachdenken bringt der Stadt Köln keinen einzigen Schulplatz, das Handeln aber schon. Es ist notwendig Kompromisse zu finden und dieser Kompromiss ist gut durchdacht. Er findet die Zustimmung der beiden betroffenen Schulen und ist in Kooperation mit diesen entstanden.

Sie wolle vorhandene Grundstücke klug nutzen und in den Sommerferien wird die Raumaufteilung geprüft. Die Entfernung der beiden Schulen sei ein lösbares Problem und sie sieht keine Gefährdung für die Lehrergesundheit.

Herr Dr. Zimmermann, CDU Fraktion, weist ausdrücklich darauf hin, dass seine Fraktion nichts gegen Gesamtschulen habe. Er ist nur der Meinung, dass Gesamtschulplätze neu gebaut werden sollen und nicht umgewandelt werden sollen. Denn nur damit würde man zusätzliche Schulplätze schaffen.

Frau Hauser, sachkundige Bürgerin CDU Fraktion, kann den eingeschlagenen Weg der kreativen Lösungen zur Realisierung von neuen Gesamtschulplätzen verstehen. Sie bittet darum, dass die Arbeitssituation der Lehrer bei der Planung stärker beachtet werden solle, auch wenn die Stadt Köln als Kommune nicht der Dienstherr der Lehrer ist. Zusätzlich sollte die Zurückhaltung der Verwaltung in Bezug auf digitale Endgeräte und Dienstemailadressen abgelegt werden.

Herr Goss, Stadtschulpflegschaft, bringt an, dass durch den Schulbaunotstand Dependancen in Kauf genommen werden müssen. Er finde eine horizontale Teilung zwischen der Stufe sieben und acht zwar schwierig zu organisieren, sie sei jedoch notwendig. Schulkonferenzen sollten solche Entscheidungen nicht aufhalten können.

Darauf antwortet Frau Dr. Klein, dass ihr die Situation der Lehrer nicht egal sei. Man müsse jedoch Kompromisse eingehen und die Verwaltung die neue Schule bestmöglich unterstützen. Schulentwicklungsplanung kann nur mit den Schulen zusammen

gemacht werden. Wenn sozusagen über Schulkonferenzen hinweggegangen werden soll, muss das mit großer Sorgfalt gemacht werden und nur mit breiter Zustimmung des Ausschusses bzw. des Rats.

Herr Dr. Gutzeit erwähnt zudem, dass die CDU nicht gegen Gesamtschulen sei. Das Problem ist nur die Entfernung der Schulen zueinander.

Für die SPD sei der Elternwille prioritär, welcher laut Herrn Philippi zielgerecht verfolgt werden müsse.

Frau Nesseler-Komp, CDU Fraktion, möchte noch einmal klarstellen, dass sie nicht gegen Gesamtschulen sei und dass sie nicht über Schulkonferenzbeschlüsse hinweggehen.

5.4 Bericht über den Besuch einer Kölner Bildungsdelegation in Peking und Shanghai im Mai 2018 1836/2018

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.5 Qualität der Volkshochschule erneut extern bestätigt 1435/2018

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.6 Übergang von der Grundschule in die Sek. I nach Schulformempfehlung 1839/2018

Herr Thelen, Bündnis 90/ Die Grünen, würde sich wünschen zu erfahren, welche Schulabschlüsse die Schülerinnen und Schüler im Vergleich zu ihrer Schulformempfehlung erreichen. Er bringt vor, dass dies eventuell ein Forschungsprojekt für Pädagogen der Universität wäre, um zu erfahren, wie ernst solche Schulformempfehlungen genommen werden sollen.

Herr Pfeuffer weist auf eine landesweite Studie hin, die zeigt, dass Gesamtschulen eine erhebliche Anzahl an Schülern zum Abitur führt. Das ist eine deutlich höhere Anzahl als Schüler, die mit gymnasialer Empfehlung auf die Gesamtschule kommen. Mehr als ein Drittel aller Realschüler wechselt nach dem Realschulabschluss auf die gymnasiale Oberstufe an Gymnasien oder Berufskollegs und machen das Abitur. Die Studie zeigt aber auch, dass über 80% der Übergänge auf ein Gymnasium eine uneingeschränkte Gymnasialempfehlung haben. Frau Ruffen, FDP Fraktion, wäre daran interessiert zu erfahren, wie viele Abiturienten es insgesamt innerhalb eines Jahrganges, aufgeteilt nach Herkunftsschulformen, gibt.

Herr Wirth, Bündnis 90/ Die Grünen, zeigt sein Unverständnis über die schlechteren Bedingungen an Realschulen bezüglich der Schüler-Lehrer-Relation im Vergleich zu Gesamtschulen.

5.7 Containerprogramm für die Jahre 2019 bis 2021 1849/2018

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.8 Abschluss des Schulanmeldeverfahrens der weiterführenden Schulen für das Schuljahr 2018/19 1851/2018

Herr Wirth, Bündnis 90/ Die Grünen, bedankt sich für die Daten und wünscht sich solche Mitteilungen in Zukunft früher zu erhalten.

Frau Heuer bittet um Verständnis, dass aufgrund der Widerspruchsverfahren eine Zusammenstellung der Daten länger dauert. Will man valide Daten präsentieren, ist eine frühere Mitteilung nicht möglich.

Herr Thelen, Bündnis 90/ Die Grünen, hat die Frage, wie es zu Mehrklassenbildungen kommt.

Frau Heuer entgegnet, dass es aufgrund des Schulbaunotstandes darum gehe, wo es raumtechnisch möglich sei, eine Mehrklasse zu bilden, um den Bedarf zu decken. Dies wird bereits im Oktober des Vorjahres an allen Kölner Gymnasien geprüft und bei den Schulleitungen abgefragt. Hierbei könne das Elternwahlverhalten nicht valide vorab antizipiert werden.

5.9 Inklusionsmonitoring; Stand Schuljahr 2017/18 1884/2018

Herr Wirth, Bündnis 90/ Die Grünen, fände es interessant zu wissen, wie das Inklusionsmonitoring qualitativ aussieht. Der Bericht liest sich sehr positiv, jedoch weist Herr Wirth auf die tatsächliche Situation in den Schulen hin. Auf den Personalversammlungen stellt sich ihm ein anderes sehr problematisches Bild dar. Er würde sich wünschen, dass die Sicht der Lehrer und Schüler mit betrachtet wird.

Herr Dr. Schlieben, CDU Fraktion, berichtet aus Sicht des LVR, dass die Inklusion im Lande NRW nicht optimal läuft. Die Inklusion sei weder finanziell, personell noch organisatorisch richtig aufgebaut. Das Ziel wird von seiner Fraktion nicht in Frage gestellt, sondern es besteht Verbesserungsbedarf bei der Umsetzung auf Landesebene.

Frau Dr. Klein äußert sich dahingehend, dass die vorgelegten Zahlen die Situation nicht beschönigen, sondern Fakten darstellen. Diese Zahlen werden von der Verwaltung nicht gewertet, denn auch die Rückmeldungen und Probleme der Schulen werden wahrgenommen und diese werden zu einem Umdenken in der Inklusion führen. Das Eckpunktepapier der Landesregierung zum Thema Inklusion bleibt abzuwarten; Herr Thelen, Bündnis 90/ Die Grünen, wünscht sich, dass die finanziellen Mittel durch Unterstützungsmaßnahmen der Stadt für zum Beispiel Schulbegleiter erhöht werden.

Frau Dr. Klein führt aus, dass dies bereits als Pflichtaufgabe im Bereich Jugend- und Sozialhilfe angegliedert ist. Dort stehen die finanziellen Mittel zur Verfügung. Sie schlägt vor, den Bericht der wirtschaftlichen Jugendhilfe als Anlage zum Protokoll beizufügen.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner CDU Fraktion, weist darauf hin, dass politisches Handeln auf der Grundlage und der Bewertung von Zahlen basiert. Aus seiner Sicht enthalte die Mitteilung an verschiedenen Stellen Wertungen.

5.10 Preisverleihung an die Rheinische Musikschule Köln 1914/2018

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

5.11 Beschluss der Bezirksvertretung Porz vom 15.05.2018 zur Verlagerung des Berufskollegs Porz (BK 10) 1947/2018

Frau Nessler-Komp, CDU Fraktion, fragt nach, wann das Ergebnis der juristischen Überprüfung vorliegen soll.

Frau Dr. Klein antwortet, dass das Ergebnis der Prüfung die Mitglieder des Ausschusses voraussichtlich in der nächsten Sitzung erreicht. In diesem Fall kann nur der Rat beschließen und nicht der Schulausschuss.

Herr Dr. Gutzeit, CDU Fraktion, möchte inhaltlich wissen, ob es schon konkrete Pläne für einen neuen Standort in Porz gibt.

Frau Heuer antwortet, dass es schon konkrete Pläne für einen Umzug zum Campus Deutz gibt. Ein Entwurf ist da und es handelt sich um ein 125 Millionen Projekt. Wenn der Rat beschließt, dass jetzt ein Standort in Köln Porz gesucht werden soll, wären alle bisherigen Pläne hinfällig. Die Schule will unbedingt umziehen, weil die Synergieeffekte mit dem Campus Deutz für sie ganz maßgeblich sind.

Herr Dr. Schlieben, CDU Fraktion, ergänzt, dass die bisherige Planung nicht auf der vorgesehenen Zeitschiene realisiert wurde. Weiterhin ist nicht klar, wann das Projekt realisiert wird. Deshalb ist eine neue Überlegung vorgenommen worden, dass auch ein Umzug innerhalb des Bereiches Porz möglich wäre, falls ein Umzug zum Campus Deutz nicht innerhalb der nächsten 5 bis 10 Jahre umgesetzt wird.

6 Anfragen

Herrn Thelen, Bündnis 90/ Die Grünen, liegt ein Bittbrief der ausgelagerten Grundschule Kunterbunt vor. Sie beklagen sich, dass aufgrund der langen Auslagerung das Modell der Vernetzung in Mitleidenschaft gerät.

Frau Heuer betont, dass auch ihr diese Schule ein Herzensanliegen ist und sie im ständigen Kontakt mit der Schule steht und nach Möglichkeiten sucht.

Frau Dr. Klein stellt den Jahresbericht 2017, über die Beschlüsse des Ausschusses sowie des Rates, als Anhang an die Niederschrift zur Verfügung. Sie weist daraufhin, dass die Sachstände zum Teil überholt seien.

7 Verschiedenes

Köln, den 31.07.2018

gez. Dr. Schlieben

Vorsitzender

gez. Schenk

Schriftführerin

ANLAGEN